

Herforder Zeitung

Druck und Verlag von Fr. Kuhle in Herford.

für Stadt

und Land

Geschäftsstelle: Herford, Rennstr. 29/31, Fernruf 83.
Postfachkonto Hannover 5796.

Die Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis Ausgabe A: 1/4 jährlich 2.40 M., bei Postbezug 2.40 u. Bestellgeld.

General-Anzeiger f. Stadt u. Landkreis Herford

Amlicher Anzeiger f. Stadt u. Landkreis Herford

Nr. 39

Herford, Freitag, den 15. Februar

1918

Der Wahlrechtsauschuss

für das gleiche Wahlrecht.

Wien, 14. Febr. Der Wahlrechtsauschuss des Abgeordnetenhauses nahm heute den § 1 der Wahlrechtsvorlage in der Fassung der Regierungsvorlage an, ebenso den Antrag der Nationalliberalen, wonach vom Recht zu wählen ausgeschlossen sind alle unter Entmündigung, vorläufiger Vormundschaft, Ehrenstrafen und Polizeiaufsicht stehenden Personen, denen die Fähigkeit zur Verrichtung öffentlicher Ämter abgesprochen ist, endlich solche, die Armenunterstützung erhalten, wobei die Unterstützung eines Wählers oder eines Angehörigen des Wählers bei geistiger oder körperlicher Krankheit nicht als Armenunterstützung gilt.

Zum § 3 der Vorlage brachten die Konservativen einen Änderungsantrag ein, wonach 236 Abgeordnete aus allgemeinen, geheimen und direkten Wahlen nach dem Mehrheitsstimmensystem und 214 aus berufsständischen geheimen und indirekten Wahlen hervorgehen sollen.

Das Wahlrecht der Konservativen.

Nun ist also heraus, wie sich die Konservativen das preussische Landtagswahlrecht wünschen. Dieser wurde hin- und hergeraten, ob sie wohl das Pluralwahlrecht oder das berufsständische Wahlrecht an die Stelle des von der Regierung geforderten gleichen Wahlrechts in Preußen gesetzt wissen wollen. Nunmehr wissen wir, daß sie nicht bloß das Pluralwahlrecht, sondern auch das berufsständische Wahlrecht für die Wahlen zum preussischen Abgeordnetenhaus fordern. Der Minister des Innern, Dr. Drenow, hat zwar am 5. Dezember in der ersten Sitzung der Wahlrechtskommission erklärt: „Ein Pluralwahlrecht ist für die Staatsregierung nicht annehmbar.“ Er hat hinzugefügt, daß ein berufsständisches Wahlrecht den wirtschaftlichen Interessen entgegenstehe, der sich leider schon jetzt in unserem öffentlichen Leben nur allzu stark geltend mache, in verhängnisvoller Weise zur Grundlage der Orientierung des politischen Lebens überhaupt machen würde. Aber was kümmern sich die Konservativen um die Reden der Minister. Das Wahlrecht, das die Konservativen in ihrem am Donnerstag der Wahlrechtskommission des Abgeordnetenhauses unverändertem Antrag fordern, ist ein Muster mühsam am grünen Tisch ausgearbeiteter Kamelerei. Das Abgeordnetenhaus zählt gegenwärtig 443 Mitglieder. Durch die Regierungsvorlage soll es unter Aufrechterhaltung der gegenwärtigen Wahlkreise künftig vorläufig 455 Mitglieder zählen. Nach dem Antrag der Konservativen soll das Abgeordnetenhaus aus 450 Mitgliedern bestehen. Von diesen 450 preussischen Landtagsabgeordneten sollen 236, also genau so viel, als es Reichstagsabgeordnete in Preußen gibt, in allgemeinen, geheimen, direkten, aber nicht gleichen Wahlrecht, sondern nach dem Mehrstimmensystem gewählt werden. Die übrigen 214 Mitglieder des Abgeordnetenhauses wünschen die Konservativen in berufsständischen, geheimen und indirekten Wahlen gewählt zu sehen. Jeder einzelne Wähler soll zwei Stimmen erhalten, eine für die allgemeinen und eine für die berufsständischen Wahlen. Zu seiner Stimme für die allgemeinen Wahlen soll der Wähler eventuell noch bis zu sechs Zusatzstimmen erhalten und zwar für das Lebensalter (mehr als 50 Jahre), für das Vermögen (Veranlagung zur Einkommensteuer), für das Einkommen (mehr als 8000 M.), die selbständige Erwerbstätigkeit, den Grundbesitz, die Schulbildung (Ziel einer Mittelschule oder Realschule). Für die berufsständischen Wahlen wird die Wählerchaft in drei Berufsabteilungen und von diesen wieder jede in drei Berufsgruppen eingeteilt: die drei Berufsabteilungen umfassen: 1. Land- und Forstwirtschaft und Fischerei, 2. Industrie, Handwerk, Handel und Verkehr, 3. die Beamten und die Angehörigen der freien Berufe. Die drei Gruppen in den beiden ersten Berufsabteilungen werden abgestuft nach der Größe der Betriebe. In der dritten Abteilung gehören die Angehörigen der

freien Berufe zur ersten, die akademischen Beamten zur zweiten und die übrigen Beamten zur dritten Gruppe. Privatangestellte und „Dienstpersonale“ wählen in der dritten Gruppe derjenigen Abteilung, in die der betreffende Arbeitgeber gehört. Berufsfähige wahlberechtigte Angehörige wählen in der Gruppe des Haushaltsvorstandes. Die Zahl der Wahlkreise soll für jede der drei Gruppen der ersten und zweiten Berufsabteilung 29, also für diese beiden Abteilungen zusammen 174 betragen, in der dritten Abteilung aber für die erste Gruppe nur 14 und für die beiden anderen Gruppen nur je 13.

Das ist das Wahlrecht nach dem Herzen der Konservativen. Es lautet an, als wäre es direkt aus China bezogen. Ein Sturm der Entrüstung in allen freiheitlich gesinnten Kreisen wird die Antwort sein auf diese reaktionäre Zumutung, die im vierten Kriegsjahr einfach wie ein Stein auf die Leistungen des Volks in Waffen ansetzt.

Zum Wiederzusammentritt des Reichstages.

II. Berlin, 14. Febr. Der Reichstag wird am kommenden Dienstag seine Arbeiten wieder aufnehmen, aber schon morgen sollen die Besprechungen zwischen der Regierung und den Fraktionsführern beginnen, was, wie üblich, die parlamentarischen Arbeiten einleiten wird. Der Stellvertreter des Reichstagspräsidenten, v. Pappe, wird diese Besprechungen leiten. Man kann annehmen, daß der Verlauf dieser Besprechungen auch einen gewissen Einfluß auf die Entscheidung der Nationalliberalen in der Wahlrechtsvorlage haben wird. Dem Reichstage werden außer dem Reichshaushalt bald nach Wiederöffnung der Sitzungen auch die Vorlage über das Arbeitsamtergesetz und die Vorlage über die Aufhebung bzw. Änderung des § 158 der Gewerbeordnung zugehen.

Vor der Rede des Reichstagspräsidenten.

II. Berlin, 15. Febr. Das „Berliner Tageblatt“ schreibt: Der Reichstagspräsident wird alsbald nach dem Zusammentritt des Reichstages Veranlassung nehmen, sich über die politische Lage im Reich zu äußern. Ein bestimmter Tag ist hierfür noch nicht festgesetzt. Aller Wahrscheinlichkeit nach dürfte der Kanzler aber schon den 1. Tag nach dem Zusammentritt für seine Erklärungen über den Friedensvertrag mit der Ukraine, die Lage mit Rußland und den Versailles Kriegsvertrag nehmen. Daran dürfte sich dann im engen Rahmen eine Aussprache knüpfen, weil die Fraktion den Wunsch haben, sobald als möglich zu den politischen Fragen Stellung zu nehmen. Der Aussprache wird dann die Einbringung des Reichshaushaltsgesetzes für 1918 durch den Reichstagspräsidenten Graf v. Roeder folgen.

Die Besprechungen im Großen Hauptquartier.

II. Berlin, 14. Febr. Die Besprechungen im Großen Hauptquartier haben, wie an zutreffender Stelle erklärt wird, zu einer völligen Ueber einstimmung der Auffassung zwischen den militärischen Stellen und der politischen Leitung geführt. Ein endgültiger Beschluß liegt noch nicht vor. Das formulierte Ergebnis wird erst in einigen Tagen bekanntgegeben werden.

Berlin, 14. Febr. Die Besprechungen im Großen Hauptquartier, die gestern zwischen dem Reichstagspräsidenten, dem Vizekanzler v. Pappe, Staatssekretär v. Kühlmann, dem Generalfeldmarschall v. Hindenburg, General Hindenburgs flüchtigen haben, haben eine völlig einheitliche Auffassung der Lage gezeigt und zu einer völligen Uebereinstimmung der militärischen und politischen Leitung geführt.

Dazu wird aus Frankfurt gemeldet: An der gestrigen Besprechung im Großen Hauptquartier nahmen außer den genannten Persönlichkeiten noch für die Marine Feldamiral v. Capelle teil. Der Staatssekretär des Auswärtigen, v. Kühlmann und Vizekanzler v. Pappe fehlten gestern Abend mit Hindenburg in das Große Hauptquartier zu rück. Die Besprechungen dauerten mit einer halb-

ständigen Pause von nachmittags 3 Uhr bis abends 7 1/2 Uhr.

Die Verhandlungen mit Rumänien.

II. Berlin, 14. Febr. Eine offizielle Mitteilung über die Verhandlungen mit Rumänien liegt noch nicht vor. Es ist aber anzunehmen, daß die rumänischen Unterhändler, die zunächst über die Verlängerung des Waffenstillstandes verhandeln wollen, heute an ihrem Bestimmungsort eingetroffen sind.

Unterstützung der Ukraine durch die Mittelmächte.

II. Wien, 15. Febr. Die Ukraine befindet sich infolge des Krieges in einem Zustande, der es ihr unmöglich macht, die Verpflichtungen zu erfüllen, die sie im Friedensvertrage auch in Bezug auf die Sicherung ihrer Ueberflüsse übernommen hat, wenn sie nicht Hilfe von außen erhält. Diese Hilfe wird ihr, wie von befreundeter Seite mitgeteilt wird, gegeben werden. Sie wird nicht nur technischer Art sein, z. B. Verleihung von Lokomotiven usw., es könnte auch sein, daß ihr von den Mittelmächten Beistand zur Organisation ihres Sicherheitsdienstes geleistet wird. Die militärische Hilfe der Mittelmächte würde, wenn sie erforderlich werden sollte, dann den Warenanstausch schützen. Sie würde in der Sicherung von Warentransporten, Handelswegen usw. bestehen und natürlich nur im Einklang mit den internationalen Beziehungen erfolgen.

II. Berlin, 14. Febr. Der „Vossischen Ztg.“ zufolge begannen heute Nachmittag im Auswärtigen Amt zwischen Vertretern Oesterreich-Ungarns und des Deutschen Reiches über die Regelung der durch den Friedensvertrag angeknüpften wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den Mittelmächten und der Ukraine Verhandlungen.

Der Getreideverkehr.

Die Einleitung des Verkehrs mit der Ukraine werden in Deutschland zunächst erst fünf Getreide Importfirmen, zwei Berliner, eine hamburgische, eine rheinische und eine süddeutsche, übernehmen, und auch von Oesterreich-Ungarn sind zunächst nur wenige Firmen für den gleichen Zweck bestimmt. Allmählich dürfen dann weitere gleiche Konzeptionen erteilt werden. Zunächst ist es wichtig, daß die nach Rußland gefandten Kaufleute mit ihren diesseitigen Firmen in täglicher telegraphischer und brieflicher Verkehr bleiben. Es soll auch zunächst eine direkte telegraphische Verbindung zwischen Kiew und Berlin errichtet werden, an die sich innerhalb der Ukraine wohl weitere Anschlüsse schnell schaffen lassen, bzw. schon bestehen. Die Ausfuhr der Ware selbst wird vorläufig fast allein auf den Weg über das Schwarze Meer angewiesen sein. Vorkäuflich, wo es sich um den Absatz nach den Mittelmächten handelt, dürfte von Odessa aus bald eine regelmäßige Verbindung nach Constantza und der Donau erfolgen, für die es an Schiffsmaterial dort nicht mangelt. Was den Einkauf betrifft, so wird es sich dabei wohl zunächst um Vertrauensaufträge der diesseitigen Firmen an die Einkäufer handeln. Wenn eine Kontrolle für die notwendigen Kosten und Ausgaben ist von hier aus nicht möglich, es mag sich in Rußland noch so viel geändert haben, eins ist jedenfalls im Kriege nicht ohne weiteres beschwunden, und das ist die Sachlichkeit. Wenn der Einkäufer, der das Getreide von den Bauern vielfach in kleineren Posten aufkauft, Wagen braucht, um das Material zusammenzutragen, wenn er möglichst schnell Eisenbahnwaggons nötig hat, um die Ware nach dem Hafen zu befördern, so wird das „Schmiergeld“ fest wohl ebenso wenig zu umgehen sein, als früher, und wenn dabei nicht bis zu einem gewissen Grade freie Hand gelassen werden kann, so wird rechtzeitige Beschaffung von Material in vielen Fällen erschwert sein.

Abzug der Ukrainer aus Ostgalizien

Wien, 14. Febr. Aus dem Kriegspressquartier wird gemeldet: Gemäß Artikel 2. Abs. b des mit der Ukraine abgeschlossenen Vertrages, der den Status quo ante der zwischen Oesterreich-Ungarn und Rußland bestehenden Grenze wiederherstellt, sind Mittwochs unsere Truppen in Brody eingezogen. Das einmarschierende Jägerbataillon wurde von dem Oberbürgermeister der Stadt Brody in Gegenwart der Rada, der 115 ukrainischen Division feierlich begrüßt. Auch die Besetzung ist es an den allerhöchsten Sympathiebekundungen für die österreichisch-ungarischen Truppen nicht fehlen.

Durch diese feierliche Begegnung Brodys ist die letzte größere Stadt in Ostgalizien wieder in österreichisch-ungarischen Händen, nachdem sie seit den letzten Julitagen des Jahres 1916 unter russischer Herrschaft gewesen ist.

Gzernins, Mätsch nach Wien.

Wien, 14. Febr. Minister des Äußeren Graf Czernin traf heute Nachmittag, von Breit-Kloster kommend, hier ein. Auf der Zufahrtsstraße zum Bahnhof hatte sich ein zahlreiches Publikum angesammelt, das dem Minister einen außerordentlich herzlichen Empfang bereite. Am Bahnhof selbst war die Gemeindevertretung zur Begrüßung erschienen. Bürgermeister Weiskirchner begrüßte den Minister mit einer Ansprache, auf die Graf Czernin in warmen Worten erwiderte. Er feierte das Heer und den Kaiser, sprach über die Bedeutung des Friedens und schloß mit dem Ausdruck der Ueberzeugung: Noch etwas durchhalten, und der ehrenvolle allgemeine Friede wird erreicht sein!

Bericht des Hauptquartiers

Wien, Großes Hauptquartier, 14. Febr.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Engländer und Franzosen setzen an vielen Stellen der Front ihre Erdungen fort. Nördlich von Lens und in der Champagne kam es dabei zu heftigen Kämpfen. In einem vorwärtigen Teil unserer Stellung (nördlich von Targu) haben sich die Franzosen festgesetzt. Eigene Infanterie brachte in Flandern und auf den Maasböden Gefangene ein.

Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Ueberblick.

Wien, 14. Febr. In der Champagne war die Feuerartillerie im Abschnitt nördlich von Reims und südlich von Targu vielfach geübt. Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Der Wiener Bericht

Wien, 14. Febr. Amtlich wird gemeldet: Keine besonderen Ereignisse.

Der Chef des Generalstabes.

Der U-Boot-Bericht

II. Berlin, 15. Febr. Ausser den gestern veröffentlichten Erfolgen unserer U-Boote im östlichen Mittelmeer, sind nach neu eingegangenen Meldungen auch solche im mittleren Teil des Mittelmeeres erzielt worden, durch die im besonderen der Transportverkehr nach Italien getroffen wurde. 3 Dampfer und 3 Segler fielen hier unseren U-Booten zum Opfer. Die Dampfer, von denen 2 beladene waren, wurden sämtlich aus hart gesicherten Geleitzügen herausgeschossen. Von den versenkten Seglern hatten 2 Passagiere, einer Hölzler, einen Arm verloren.

Am 31. Januar hat eines unserer Unterseeboote die chemische Fabrik Adenella von Palermo auf nahe Entfernung erfolgreich beschossen.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Hungerunruhen in England

II. Rotterdam, 14. Febr. In London fanden in den letzten 8 Tagen große Demonstrationen zugunsten des Friedens statt. Auch abends finden Versammlungen statt, die von Tausenden von Arbeitern besucht werden. Die kommenden Arbeiterkongresse werden sich zweifellos mit einem starken Drang nach Frieden zu befaßen haben.

Wien, 14. Febr. Der immer stärker werdende Lebensmittelmangel in England ruft immer ernstere Anzeichen und Ausdrucksformen im Zusammenhang mit den sich mehrenden Streiks hervor. So kam es in der letzten Hälfte des Jahres nach Berichten aus England kommender Seiten in Cardiff, Newport, Manchester und Liverpool infolge Getreide- und Kohlenmangels zu schweren Unruhen. Über einen am 16. Januar in Hull währenden Streik und Hungeraufstand berichteten diese Seiten näher.

„Tagelang war in Hull weder Fett noch Fleisch, Eier oder Margarine zu haben gewesen. Am 16. Januar war nun ein Zug mit Lebensmitteln angekommen. Die Kunde durchlief die Stadt, und vor den geschlossenen Läden sammelten sich gewaltige Menschenmengen, die in ihrer Gesamtheit gegen 15 000 Personen umfaßten. Ein starkes Schußmangelsgebot hielt die Menge in Schach. Als aber die Vorräte auf von Soldaten begleiteten Frachtwagen und Autos vor den Geschäften ansetzten, drückte die Menge die Schutzmannschaften und stürzte sich auf die Lebensmittel in den Wagen. Die Schreie der Wunden

wurden verschlagen. Die Polizei war machtlos, und der Aufbruch dauerte bis 7 Uhr abends. Um diese Zeit kamen 800 Australier aus einem Lager zwischen Göttingham und Deberich an, die die Straßen von der sich in wüsten Ausbreitungen ergebenden Menge säuberten. Die Australier mußten vom blauen Säbel Gebrauch machen, wobei über 100 Menschen verwundet wurden.

Die letzten Beratungen in Brest-Litowsk.

Mosk., 14. Febr. Die Unterkommission zur Prüfung der Grenzlinie hielt zwei Sitzungen ab, in denen in erster Reihe die militärischen Sachverständigen zum Wort kamen, während russischerseits versucht wurde, die strategischen Nachteile nachzuweisen, denen Rußland durch die vorgeschlagene neue Fährung seiner Westgrenze ausgesetzt werde, wurde deutscherseits dieser Auffassung dadurch entgegengetreten, daß es sich nicht um eine russisch-deutsche Grenze handle, sondern um eine Grenze zwischen Rußland und den neuen Randstaaten. Eine Einigung konnte nicht erzielt werden.

Zu Beginn der Sitzung der Vollkommission am 10. Februar erkrankte auf Einsehen des Staatssekretärs v. Rüchmann, der Vorsitzende der Unterkommission über die Beratungsergebnisse Bericht.

Auf die Frage Rüchmanns an Trotski, ob er noch irgendwelche zu einer friedlichen Lösung beitragende Mitteilungen zu machen habe, erklärte Herr Trotski unter Ausfällen auf den Imperialismus der Welt, Rußland wolle an dem Krieg keinen Anteil mehr nehmen und führe deshalb sein Heer und sein Volk aus dem Kriege heraus. Rußland gebe den Krieg auf und beziehe die vollständige Demobilisierung aller jetzt den Verbündeten gegenüberstehenden Armeen. Seine (Trotski's) Regierung lehne es aber ab, die deutsch-österreichisch-ungarischen Bedingungen zu funktionieren und verzichte auf die Unterzeichnung des Friedensvertrages.

Hierauf erfolgten die ihm nach bereits bekannten Erklärungen über die Beendigung des Krieges und die Demobilisierung sämtlicher Truppen.

Staatssekretär v. Rüchmann analysierte den gegenwärtigen Zustand dahin, daß der Vierbund mit der russischen Regierung im Kriege stehe und die kriegerischen Unternehmungen durch den Waffenstillstandsvertrag zwar eingestellt seien, aber bei Wegfall dieses Vertrages von selbst wieder ausbrechen würden. Die Tatsache, daß die eine der beiden Parteien ihre Armeen demobilisiere, würde hieran weder tatsächlich noch rechtlich etwas ändern.

Er fragte Herrn Trotski, ob die russische Regierung mitzuteilen beabsichtige, wo die Grenzen des russischen Reiches liegen, und ob die Regierung der Volkskommissare gewillt sei, die rechtlichen und Handelsbeziehungen in dem Umfange wieder aufzunehmen, wie sie sich aus einer Beendigung des Krieges als natürlich ergeben würden.

Nachdem Trotski erklärt hatte, dem Gesagten nicht viel hinzufügen zu können, schlug Staatssekretär v. Rüchmann für den folgenden Tag eine Vollsitzung vor, in der die Stellungnahme der Verbündeten zu den Mitteilungen der russischen Delegation bekanntgegeben würde.

Herr Trotski erwiderte, seine Delegation habe jetzt alle ihre Vollmachten erschöpft und halte es für notwendig, nach Petersburg zurückzufahren. Alle Mitteilungen der verbündeten Regierungen würden im Schoße der Regierung der föderativen russischen Republik beraten und dann beantwortet.

Hierauf wurde die Sitzung geschlossen.

Bollo zum Tode verurteilt.

Mosk., 14. Febr. (Havas.) Bollo ist einmütig zum Tode verurteilt worden. Prochero wurde zu drei Jahren Gefängnis, Cabellini in contumaciam zum Tode verurteilt.

Der tolle Haßberg.

Original: Roman von H. Courths-Mahler.
Geheime Formel für den Schatz des Inhaltes in den Ver-
einigten Staaten:
Copyright 1915 by Greiner & Comp., Berlin W. 38.

8) (Nachdruck verboten.)

Auch jetzt knüpfte sich für sie selbst keine Hoffnungen und Wünsche an dieses Gebet. Nur das ersuchte sie, daß er sich ihrer heimlichen, tiefen Liebe wert zeigen möge, daß sie nicht mehr zu zittern und zu zagen brauchte, wenn von ihm die Rede war.

Sie war nun recht zerstreut. Ihre Gedanken ließen sich nicht bei ihren Gästen festhalten. So entging es ihr auch, daß Tondern sie unausgesetzt beobachtete.

Die Augen dreier Frauen sahen nun immer wieder erwartungsvoll nach der Tür, ob Herr von Trebin nicht endlich erscheinen würde — die von Regina, von Frau Melanie und von Gerta Werner. Aber nur Gerta Werners Interesse galt Trebin selbst. Eine Weile stand Regina allein im Nebenzimmer am Fenster und sah gedankenverloren hinaus.

„Nun, mein gnädiges Fräulein, was sagen Sie dazu, daß der tolle Haßberg zurückgekehrt ist?“ fragte Tondern mit heiserer Stimme.

Sie wandte sich gelassen nach ihm um. Ihr Gesicht war ganz ruhig. Sie hatte sich wieder in der Gewalt. „Ich habe weder ein Recht noch eine Veranlassung, etwas Besonderes dazu zu sagen.“

Seine Augen bohrten sich in die ihren.

„Nun, die ganze Stadt wird wohl in Aufregung geraten. Haßbergs schlimme Streiche sind ja noch in aller Gedächtnis.“

Es zuckte um Reginas Mund.

„Ich weiß nur von übermütigen Streichen, nichts von schlimmen, Herr von Tondern. Das ist doch ein Unterschied.“

Er biß sich auf die Lippen. Dann sagte er:

Orlandos Rede — eine Enttäuschung.

M. Lugano, 14. Febr. Die große Spannung, mit der der Rede Orlandos in Italien entgegengesehen wurde, hat eine arge Enttäuschung erfahren. Weder die Frage der Anerkennung der Kriegsziele Italiens durch die Alliierten, die nach den Reden Lloyd Georges und Wilsons eine entscheidende Klärung verlangte, noch diejenige der Vereinheitlichung des Obersten Kommandos der Ententeheere hat von Seiten Orlandos eine eingehende Behandlung erfahren, und in bezug auf das Problem der Versorgung Italiens hat Orlandos sogar zugegeben müssen, daß es zwar das allerhöchste Entgegenkommen von Seiten der alliierten Regierungen gefunden habe, daß seine Lösung aber noch keineswegs als gesichert angesehen werden könne.

Die Seine-Sozialisten mißbilligen die Fortsetzung des Krieges.

M. Genf, 14. Febr. Hervès Zeitung „Victoire“ und andere Regierungsblätter stellen mit tiefen Bedauern fest, daß der vorgeschlagene Beschluß des sozialistischen Seineverbandes mit 6000 Stimmen, demnach mit Zweidrittelmehrheit, die Kriegsführung mißbilligt. Der „Figaro“ spricht ernste Beforgnisse wegen der möglichen Folgen dieses Beschlusses aus, den die Mehrheit der Kammerjournale nicht zu hindern vermochte.

Nadolskows über Rußland und Rumänien.

M. Berlin, 14. Febr. Einem Mitarbeiter der „Woj.“ 333. gegenüber äußerte sich der in Berlin weilende bulgarische Ministerpräsident Nadolskows über die Lage wie folgt: „Ich erblicke in den Abschlüssen von Brest-Litowsk den ersten Schritt zum allgemeinen Frieden. Der Friedensvertrag mit der Ukraine ist der Auftakt zu einem kommenden Weltfrieden. Wilson macht echt amerikanische Politik. Gewisse Umstände deuten darauf hin, daß zwischen der amerikanischen Auffassung und den übrigen Ententemächten gewisse Unstimmigkeiten bestehen, die ihren Grund in den verschiedenen geistigen Verfassungen haben dürften. Vor meiner Abreise von Sofia nach Brest-Litowsk hatte ich in mir auf Grund unendlicher Tatsachen die Überzeugung festgesetzt, daß die Bolschewiki nicht gewillt sind, einen Friedensvertrag zu unterzeichnen. Der Bolschewismus ist nicht nur eine Gefahr für Rußland, sondern weiterhin eine gesamt-europäische, letzten Endes gar eine Weltgefahr. Läßt man den Bolschewismus blindwütig weiterwirken, so ist die gesamte westeuropäische-amerikanische Kultur in Gefahr. Es liegt daher im eigentlichen Interesse aller, dieser Weltgefahr ins Auge zu sehen und vorbeugende Maßregeln dagegen zu ergreifen. Trotski ist offenbar schon mit der Instruktion nach Brest-Litowsk zurückgekehrt, nicht zu unterzeichnen, sonst hätte er nicht mit seiner Regierung alle Verträge mit seinen früheren Bundesgenossen für null und nichtig erklärt. Was in Petersburg augenblicklich geschieht, ist nicht etwa Revolution, sondern Anarchie. Wir erwarten und haben daher ein recht hoch genug anzuschlagendes Verdienst um die ganze Menschheit, wenn wir sie vor dieser bolschewistischen Weltgefahr schützen. Wir sind selbst ein werdender Staat und haben daher für den kommenden polnischen Staat volle Sympathien; nur muß auch dieser polnische Staat aus dem Boden der Wirklichkeit stehen. Nach wir wünschen schließlich einen Frieden mit Rumänien. Aber der Moment ist noch nicht gekommen, denn die Rumänen haben den vollen Ernst ihrer Lage bis auf den heutigen Tag noch nicht begriffen.“

Eisenbahneinnahmen im Kriege.

Aus einem dem preussischen Abgeordnetenhaus zugewandten Bericht über die Ergebnisse des Betriebs der preussischen Staatsbahnen ergibt sich, daß der Personen- und Gepäckverkehr folgende Einnahmen erzielt hat: 1913 = 713,4 Millionen, 1914 = 587,4 Millionen, 1915 = 475,3 und 1916 = 549,9 Millionen Mark. Durch die Beförderung von Militär auf Militärfahrer und Militärfahrer wurde erzielt eine Einnahme von 12,9 Millionen im Jahre 1913, von 52,9 Millionen im

Jahre 1914, von 77,3 Millionen im Jahre 1915 und von 226,5 Millionen im Jahre 1916. Die Einnahmen aus der Gepäckbeförderung sind während des Krieges erheblich gesunken. Sie betrugen 1913 = 21 Millionen, im Jahre 1914 = 14,4 Millionen, 1915 = 11,2 Millionen und 1916 = 13,5 Millionen.

Herford und Minden-Ravensberg.

15 Februar.

— Gegen den Papiermangel. Zur Einschränkung des Papierverbrauchs hat der preussische Justizminister neue Vorschriften erlassen. Die Benutzung besonderer Briefumschläge ist hinfällig einzuschränken. Für dienstliche Zwecke ist in weitgehendem Maße das Papier zu verwenden, das aus weggelegten Akten entnommen werden kann. Für kurze Schreiben sollen in der Regel Viertel- oder Sechselfbogen verwendet werden. Vordrucke für Mitteilungen, die nur auf einer Seite bedruckt sind, sind nur auf halben Bogen, also zwei Blätter auf einem Bogen, herzustellen. Die unbedruckte zweite Seite ist zur Briefumschreibung zu verwenden. Nur aus besonderen Gründen darf ein besonderer Briefumschlag benutzt werden, etwa dann, wenn die Art oder der Umfang der Beilagen dies bedingt. — Einen beachtenswerten Vorschlag zur Ersparrung von Papier macht der Direktor des Statistischen Amtes der Stadt Frankfurt a. M. Dr. August Scholz im „Preussischen Verwaltungsblatt“ in einer Abhandlung über die Vereinheitlichung der Form und Anwendung von Lebensmittellisten. Seite 3. B. wird für die Reichsleischkarte eine Papiermenge von 100 000 Kilogramm im Monat benötigt. Nach den Vorschlägen von Dr. Scholz sollen statt der Einzelmarken die Familienmarken eingeführt werden. Dadurch würden sich 3. B. für die Großkarte die Kosten an Papier und Druck in einer Großstadt mit 100 000 Haushaltungen wenigstens auf den zehnten Teil und die Zahlarbeit auf den zwanzigsten Teil von 146 Millionen Marken vermindern. — Ein Leser schreibt: Ich arbeite zurzeit in einem großen Betriebe, dessen Post so umfangreich ist, daß abends ein großer Wälschkebel zur Fortschaffung der Briefe erforderlich ist, und durchschnittlich 100 Mark für Porto ausgegeben werden. Es gehen also allein aus diesem einen Betrieb täglich Hunderte, wenn nicht gar Tausende von Briefen heraus, und von jedem Brief bleibt ein Durchschlag auf dünnen Blättern zurück. Seit Jahren habe ich meine Vorgesetzten angewiesen, die Durchschläge der Antworten auf die meist unbedruckten Rückseite der Kundenbriefe zu tippen, und habe dadurch ganz wesentliche Ersparnisse an Zeit und Material erzielt. Das Durchschlagpapier läßt sich in annähernd 50 Prozent aller Fälle sparen, die Registratur hat in diesen Fällen halbe Arbeit und spart wiederum an Marken.

— Freie Selbstverwaltung. Für größere Freiheit sprach sich in der Kölner Stadtverordnetenversammlung Oberbürgermeister Menaure in einer beachtenswerten, die großen Anforderungen an die Selbstverwaltung auf dem Gebiet der Lebensmittelversorgung behandelnden Ansprache aus. Er führte u. a. aus: Die Selbstverwaltungskörper haben diese Last auf sich genommen und sie haben sie um Deutschlands Zukunft gern auf sich genommen. Aber zu gleicher Zeit, wo man namentlich den großen Städten die schwersten Aufgaben stellte, hat man die Selbstverwaltung so unfrei gemacht, wie sie nie gewesen ist. Es mag das unter dem Zwange der heutigen Verhältnisse auf dem Gebiete der Lebensmittelversorgung hier und da nötig sein, aber — der Appetit kommt mit dem Essen — das Hineinregieren in alle möglichen Verhältnisse durch Tausende und Abertausende von Verfügungen und Anordnungen, das Einfordern von Berichten usw., hat einen Umfang angenommen, der weit über das erträgliche Maß hinausgeht; und das Hineinregieren erstreckt sich auch auf Gebiete, die weitab von der Lebensmittel-

versorgung und sonstigen, mit dem Kriege zusammenhängenden Verhältnissen liegen. Wir hoffen und erwarten, daß die Zukunft und zwar eine baldige Zukunft hier einen entschiedenen und gründlichen Wandel bringt, daß das Bürgerturn in seinem Selbstverwaltungsorgan diejenige Freiheit des Handelns bekommt, auf die es einen berechtigten Anspruch hat.

— Ist auch die Bewilligung von Wucherpreisen kraßbar? Diese Frage hört man oft bejahen. Dies ist, wie das Reichsgericht unter dem 2. Juli 1917 entschieden hat, irrig, sofern es sich nicht um ein abgekartetes Geschäft handelt. Es heißt in der weitest interessierenden Entscheidung: Nicht zutreffend ist die Annahme der Strafkammer, daß auch derjenige sich des Vergehens nach § 5 der Bundesratsverordnung vom 23. März 1916 schuldig macht, der geordnete Wucherpreise bewilligt (Gefängnis bis zu 1 Jahre oder Geldstrafe bis zu 10 000 M., oder beide Strafen zusammen). Die fragliche Bestimmung richtet sich lediglich gegen den, der Preise fördert oder sich oder einem anderen versprechen läßt, die einen übermäßigen Gewinn enthalten, nicht aber gegen den Käufer, der sich freiwillig oder der Not gehorchend dazu herbeiläßt, den geforderten Wucherpreis zu bewilligen. Der Käufer kann sich nur infolge von Straßbar machen, als er zum Handeln von Preisen, die einen übermäßigen Gewinn enthalten, anfordert oder anweist (§ 5 Nr. 5). In der bloßen Bewilligung eines vom Verkäufer geforderten, sei es auch dem Käufer erkennbaren Wucherpreises kann ein solches Auffordern oder Anweisen nicht gefunden werden.

— Die mittlere Postbeamtenaufbahn nur für Kriegesbeschädigte. Wie die „Nachricht“ der mittleren Post- und Telegraphenbeamten“ mitteilt, ist die mittlere Postbeamtenaufbahn auf absehbare Zeit zugunsten Kriegesbeschädigter, selbst für die Kinder der Postbeamten, gesperrt. Hierdurch ist zahlreichen Schülern, die zu Eltern die höheren Lehraufstellungen mit dem Heizeugnisse verlassen und die genannte Laufbahn einschlagen wollten, ein unliebsamer Strich durch die Rechnung gemacht.

— Ergänzungsgebühren zu den Fahrpreisen für Schnell- u. Eilzüge. Wie von unterrichteter Seite mitgeteilt wird, steht es noch keineswegs fest, daß die Ergänzungsgebühren zu den Fahrpreisen für Schnell- und Eilzüge am 4. April d. Js. aufgehoben werden wird. Die Ergänzungsgebühren ist eingeführt worden, um bei herrschenden Betriebschwierigkeiten die dringend erforderliche Einschränkung des Verkehrs bei den schnell fahrenden Zügen herbeizuführen. Es wird daher lediglich von der Betriebslage abhängen, wann diese Maßnahme aufgehoben werden kann.

— Die preussischen Sparkassen haben für die 7 Kriegsentleihen 13,68 Milliarden Mark aufgebracht, davon der 6. und 7. Kriegsanleihe zusammen 4,9 Milliarden. Trotz dieser gewaltigen Aufwendungen hat der Barbestand der Sparkassen von 1913—1916 um 1,6 Milliarden Mark zugenommen.

— Anstehende Krankheiten. Im Reg.-Bezirk Minden wurden in der Zeit vom 3.—9. Februar 91 Fälle ansteckender Krankheiten an 61 Orten gemeldet: 42 Erkrankungen und 5 Todesfälle an Diphtherie, 2 Erkrankungen und 1 Todesfall an Kindbettfieber, 27 Todesfälle an Tuberkulose (darunter 2 Kriegesgefangene), 11 Erkrankungen an Scharlach, 2 Erkrankungen an Unterleibstypus, 1 Erkrankung an Paratyphus. Auf den Stadtkreis Herford entfiel 1 Erkrankung an Diph-

— Tondern zuckte die Achseln.

„Allerdings, aber darüber machte sich Haßberg keine Sorgen. Da Frau von Hansen nun Witwe ist — und zwar eine reiche junge Witwe —, wird Haßberg wohl sein verfahrenes Lebensschiff in einen sicheren Hafen reiten und sie heiraten.“

Mit ernsten Augen sah Regina ihn an.

„Ich glaube nicht, daß Herr von Haßberg danach fragt, ob die Frau, die er heiraten will, reich oder arm ist.“

Tondern lachte hämisch.

„Da irren Sie sich sehr, mein gnädiges Fräulein. Sie können sich in einen solchen Charakter wohl kaum hineinsetzen. Ich weiß von Haßberg selbst, daß er schon damals, ehe er fortging, damit rechnete, sich durch eine reiche Heirat aus seinen finanziellen Nöten zu retten. Aber Frau von Hansen ließ ihn wohl nicht dazu kommen. Die Frauen gelten einem Menschen wie Haßberg nicht eben viel. Er betrachtet sie als Spielzeug oder als Rechenexempel.“

Regina strich sich über die Stirn. Tonderns Worte quälten sie, doch ahnte sie nicht, daß jedes derselben der Wahrheit war.

„So kann man ihn nur bedauern, daß er nicht Frauen kennen lernte, die ihm eine bessere Meinung beibrachten“, erwiderte sie.

Tondern lachte gereizt auf. Es ärgerte ihn, daß sie Haßbergs Partei nahm, und das trieb ihn an, ihn in ihren Augen immer mehr herabzusetzen. „O, mit solchen Frauen hätte er nichts anfangen gewußt. Er liebt nur das leichte Genre.“

Regina sah mit großen ernsten Augen vor sich hin. Es tat ihr weh, daß Tondern Haßberg so verkleinerte, sie hätte so gern eine Lanze für ihn gebrochen.

„Sie sind vielleicht nicht im Stande, einem Menschen wie Herrn von Haßberg Gerechtigkeit widerfahren zu lassen. Dazu sind Sie wohl selbst eine zu ausgeglichene Natur, ein Mensch, der

nicht von dem ihm vorgeschriebenen Pfade abweicht. Aber es können nicht alle Menschen so vortrefflich sein wie Sie.“

Es lag entschieden eine leichte Gereiztheit in ihren Worten. Tondern empfand das fast wie eine Zurechtweisung. Er biß die Zähne zusammen; erst nach einer Weile sagte er mit erzwungener Ruhe:

„Es wundert mich, mein gnädiges Fräulein, daß Sie so milde urteilen über einen Menschen, der es nicht wert ist, daß Sie auch nur einen Gedanken an ihn verschwenden.“

Es war, als wolle Regina mit raschen Worten darauf antworten. Ihre Augen flammten auf und ihre Lippen bebten. Aber zum Glück wurde sie durch den Eintritt des Leutnants von Trebin daran gehindert. Mit einer hastig hervorgerufenen Entschuldigung wandte sie sich von Tondern ab und ging Trebin entgegen. Dieser, eine hübsche, sympathische Erscheinung mit gebräuntem Gesicht, wurde von allen Seiten um Auskunft über den tollen Haßberg befragt. Hauptsächlich Frau von Hansen erkundigte sich in einem scheinbar scherzhaft megerigen Ton nach ihm. Wie er ausläge wollte sie wissen, ob er noch so übermütig sei und ob er bereits wieder die Uniform seines alten Regiments trage. Aber trotz der erzwungenen Lustigkeit lag ein unruhiges Flimmern in ihren Augen.

Leutnant von Trebin beantwortete ihre Fragen, aber dabei sah er mit einem Blick zu Fräulein Gerta Werner hinüber, als wolle er sagen: „Er löse mich von dem Uebel!“

Die junge Dame gab seine Blide mit schelmischem Nackeln zurück. Das lockte Herrn von Trebin noch mehr an ihre Seite. Aber Frau von Hansen ließ ihn nicht los, bis er alles erzählt hatte, was er über Haßberg wußte. Dann erst konnte er sich mit einem erleichterten Aufatmen zu Gerta Werner gesellen, die, neben ihrer Mutter stehend, ihm erwartungsvoll entgegen sah. (Fortsetzung folgt.)

therie, auf den Landkreis Hersford entfallen an Diphtherie je 1 Erkrankung in Spradom, Sotern, Enger, Bieren, Haus Beck, 1 Todesfall in Bieren, an Tuberkulose 2 Todesfälle in Etscheid, je 1 in Bischofshegen, Wotho, Spenge, Soringhausen, Schwaningdorf, Westfäher, an Scharlach 1 Erkrankung in Dünne.

Bevorstehende Verteilung von Sauertraut. Die Reichsbehörden für Gemüse und Obst teilen mit, daß die diesmalige Bedarfsmeldung der Armeeverwaltung an Weißkohl-Sauertraut das Dreifache des Vorjahres ausmache, so daß für den Zivilbedarf nichts übrig geblieben sei. Infolge Verabfolgung der Heeresansprüche seien jetzt 300 000 Zentner für die Zivilbevölkerung frei geworden, die noch in diesem Monat verteilt werden sollen. Möglicherweise werde im März oder April eine nochmalige Verteilung erfolgen.

Die russische „Gäste“. Die beiden russischen Arbeiter Michael Marafawski und Albert Witke, welche sich schlecht an die strenge Meldepflicht für Ausländer gehalten haben, waren von der Strafkammer angeklagt, hier, wo sie sich eine zeitlang unversichert, einer Frau eine ganze Anzahl Kleidungsstücke und eine Taschenuhr gestohlen zu haben. Sie wurden wegen Diebstahls und Entziehung der Meldepflicht bestraft und zwar Marafawski mit 6 Monaten und 2 Wochen und Witke mit 8 Monaten Gefängnis.

Die junge Diebe. Die im Alter von 16 und 17 Jahren stehenden Arbeiterkinder Heinrich S., Adolf S., Friedrich S. und Alfred T. von hier gaben vor der Strafkammer zu, an einem Dozentabend v. J. in dem Keller der Ehefrau D. hier in der unverschämtesten Weise unter den Lebensmittelförmern aufgeräumt und die gestohlenen Sachen auf einen Handwagen fortgeschafft zu haben. Ihren Weg haben sie durch ein Kellerfenster genommen. Außerdem haben S. und T. dem Kochmacher M., in dessen Lagerraum sie eingestiegen sind, Bettzeug und Wäsche von etwa 11 Mk. entwendet. Der Gerichtshof verurteilte T. zu vier, S. zu drei und S. zu zwei Jahren Gefängnis.

Im Gewerbeverein sprach gestern Abend vor überfülltem Hause Herr Oberleutnant Grohmann-Berlin über das Thema: „Mit Hindenburg bei Tannenberg und in den Masuren“. Durch Wort und Bild führte der Redner seine große Zuhörerschaft hin zu dem durch die Massen verurteilten Soldaten, Dörfern und Siedlungen, zeigte, wie die östliche Grenzschutztruppe von einem Hindenburg und Ludendorff, einer 7-tägigen Liebermacht nicht nur schafften, sondern diese sogar vernichtend schlagen konnte. Aber auch friedliche Bilder erweckten das Auge. Eine ganze Reihe von Bildern zeigten die landschaftlichen Schönheiten Ostpreußens und der Masuren. Mit gespannter Aufmerksamkeit wurden die Mitteilungen hingehört, umsonst als Redner es meißelt, verstand, persönliche Eindrücke einzuflechten und den Geist des Zuhörers mit köstlichem Humor zu würzen.

Der Verein zur Fürsorge für entlassene Gefangene hält heute Abend 8 1/2 Uhr im Hotel Rhode seine Generalversammlung ab.

Amt Herford-Hiddenshausen.

u. Eidum, 14. Febr. Durch die Vorleser wurde den Gemeinden bekanntgegeben, daß diejenigen Bewohner, welche in diesem Jahre ein Ferkel zur Schweinemast brauchen, sich sofort einen Bezugschein auf ein solches ausstellen lassen müssen. Da die Freigabe der 30-pfundigen Spanferkel im vorigen Sommer ihre Folgen zeigt, ist schnelles Vorgehen ratsam. In unserer Gemeinde stellt Herr Goring solche Bezugscheine aus und Herr Krichhof in Ederdisen regelt dann An- und Verkauf der Ferkel.

Laar, 14. Febr. Herr Bäckermeister Sahrmann hier ist das Verdienstkreuz für Kriegshilfe verliehen.

Amt Gohfeld-Mennighüfen.

u. Kirchlegern, 14. Febr. Der zum Stehlen neigende Fürsorgegehilfe Wilhelm K. von hier hat im November und Dezember v. J. einem Hausgenossen aus einem Lageraum, in den er eingestiegen ist, zu drei verschiedenen Malen 8 Kisten Zigarren gestohlen, die er zum Teil verkauft oder veräußert hat. Die Strafkammer erkannte gegen den 16 Jahre alten Schlingel auf 6 Wochen Gefängnis.

u. Wöhne, 14. Febr. Aus der Untersuchungs- und Strafkammer Bielefeld vorgeführt wurden die aus Wöhne und Umgebung stammenden Bahnarbeiter August Heisel, Heinrich Möller, Heinrich Nettingsmeyer und Carl Frese. Sämtlichen Beschäftigten sagt die Arbeit nicht zu. Heisel und Frese stahlen auf dem Bahnhof Wöhne einen Reisekoffer mit Kleidungsstücken und Wäsche, mit dem sie kurzzeitig nach Gütersloh fuhren. Zwei Paar aus dem Koffer entwendete Schuhe verkauften sie an die Bahnchefin Berta Harbaum in Gütersloh, während sie ein im Koffer befindliches leeres Kleid an die Bahnchefin Anna Osterhage in Gütersloh verkauften. Mitte November brachten es unsere beiden Beschäftigten fertig, in einem Handschuhladen jeder ein Paar Handschuhe zu stehlen. In der Nacht zum 29. November erlegten alle vier bei dem Vater des Nettingsmeyers und stahlen dort außer Messern noch eine Kanne mit fünf Litern Petroleum. Noch in derselben Nacht drangen sie bei einem Nachbarn des Nettingsmeyers ein, stahlen dort vier Hühner, die sie an Ort und Stelle abschlachteten und im Rucksack mit nach Gütersloh nahmen, um sie am folgenden Tage zu verzehren. Dem Treiben setzte einer der Heisels die Krone auf, indem er in derselben Nacht in seine elterliche Wohnung eindrang und seinen Eltern etwa 500 M. stahl, wovon er jedem seiner Nippen 40 M. gab. Natürlich legten die Eltern ein offenes Geständnis ab und erhielten je nach ihrer Teilnahme an den Diebstählen: Heisel drei Monate, Möller zwei, Nettingsmeyer drei und

Frese vier Monate Gefängnis. Die Harbaum und die Osterhage wurden wegen Hehlerei bestraft, die H. mit 1 Woche und die O. mit 2 Wochen Gefängnis.

Amt Grunigloh.

u. Grunigloh, 14. Febr. Das Verdienstkreuz für Kriegshilfe wurde verliehen: Stellb. Amtmann Reichert v. Münnigende und Tabakfabrikanten G. H. Meyer hierseits.

Aus Nachbarschaft und aller Welt.

Neustadt a. Abg., 14. Febr. Eine ganze Reihe von Einbruchsdiebstählen fanden in den letzten Wochen hier statt und nie wollte es gelingen, die Täter zu ermitteln. Es wurden dem Fabrikanten Schlüter 6 lebende Gänse gestohlen; dem Maurer Homann zwei Schweine aus dem Stall; ferner dem Gastwirt Kiel-Moosdorf einige Gänse; dem Werkmeister Rust aus einer erbrochenen Kasse 1400 M. und dem Einwohner Hecht in Moosdorf ein Kind aus dem Stalle. Der letzte Fall führte zur Ermittlung der Täter. Der Haupttäter, der gestern von der Gewarmerie in das hiesige Gerichtsgefängnis eingeliefert wurde, ist nach der „Parte“ der frühere Postkassierer Kiemer, ein in guten Verhältnissen lebender Mann, der sich vor einigen Jahren dort ein schönes Haus erbaute. Die meisten Sachen hat der Bürsche schon eingestohlen. Als Mitgeschädiger wurde heute morgen der Schlosser Stinzel von hier, der guten Verdienst in der Granatenfabrik hatte, verhaftet und in das Gefängnis eingeliefert.

Dortmund, 14. Febr. Eine Bande von 16, meist jugendlichen Personen, die zur Ausführung von Diebstählen vorzogen, sind nach hier gekommen, wurden in der Sonntag-Nacht hier verhaftet; einige bei Einbruch in ein nördliches Stadtteil auf frischer Tat, die übrigen am Bahnhof, wo sie das Ergebnis der Beutezüge ihrer Genossen abwarteten.

Büdingen, 14. Febr. Hier wurde das Rheinische Büdingen, Städtischgenossenschaft m. b. H., gegründet. Die Genossenschaft wird 600 Einfamilienhäuser in der Nähe des Bahnhofs Wiedau errichten für Kriegsgeldbesitzer, Eisenbahnbeamte und solche Arbeiter, die in den umliegenden Industriestädten beschäftigt sind. Die Mittel werden bestritten aus einer, dem ehemaligen Generalgouverneur von Belgien, Fürst von Büdingen, für die Ansiedlung Kriegsgeldbesitzer zur Verfügung gestellten beträchtlichen Summe und aus einer Sammlung von Eisenbahnbeamten und Arbeitern im Betrage von 2 Millionen Mark.

Wülheim, 14. Febr. In dem Eisenwerke Thüßing in Wülheim a. d. Ruhr wurde der Kontrollbeamte Fritz Kries unter dem dringenden Verdacht verhaftet, den vor einigen Tagen in Selbst verübten Doppelmord an den Gutsfrauen Schmidt, Tante und Nichte, verübt zu haben. Die Verdachtsmomente sind von erschütternder Schwere.

Weglar, 14. Febr. Der Besitzer der optisch-mechanischen Werkstätten Dr. Ernst Reih hat der Stadt Weglar für gemeinnützige Zwecke eine halbe Million Mark gestiftet. Außerdem hat er der Nationalstiftung und der Wohlfahrtskasse der Firma je 100 000 Mark zugewiesen.

Wth. Leipzig, 14. Febr. Die Zahl der Aussteller bei der am 3. März beginnenden Frühjahrsmesse ist nach den bis heute vorliegenden Meldungen auf 3160 gestiegen. Es ist dies die höchste Zahl seit Kriegsbeginn und übersteigt die Beteiligung an der letzten Herbstmesse um 600 und die an der Frühjahrsmesse 1917 um 700 Firmen. Die Gesamtzahl der am Geschäft beteiligten Besucher wird auf 50 000 veranschlagt.

Frau Wertheim und Schuster Voigt.

Zu der Klage des „Hauptmanns von Köpenick“, Schuster Voigt, gegen Frau Gertrud Wertheim auf Zahlung einer Leibrente schreibt Frau Wertheim dem „Berl. Tagebl.“ aus Buzern: „Aus Ihrem geschätzten Blatt erfahre ich zunächst, daß der vom Jahre 1906 an freiwillig von mir bedachte Wilhelm Voigt überhaupt lebt. Ich habe feinerzeit, als es mir die Vermögenslage des Herrn Wolf Wertheim gestattete und mich wohl auch verpflichtete, unbeschränkt im stillen Gutes zu tun, jenem „Hauptmann von Köpenick“ eine Rente ausbezahlt. Der Mann hatte zwei Welken lachen gemacht. Eine halbe Million hatten die Berichterstatterungen über seine Geldentat, dem Telegraphenbericht eingebracht. Gewohnt zu geben, wo niemand gab, habe ich jenen ephemeren Ruhm ins Reale überführen wollen. Nicht wegen der Köpndiade. Der Schuster Voigt war in seiner Jugend das Opfer der Justiz gewesen. Als ich in Indien 1913 den Zusammenbruch des Herrn Wolf Wertheim in seinem vollen Umfange übersehen konnte, habe ich sofort allen von mir unterstützten schriftliche Mitteilung gemacht, daß durch den Zusammenbruch die Voraussetzung meiner Schenkungen zunichte gemacht sei und ich die Rente zurückgezogen. Auf diese Mitteilungen ist kein Widerspruch erfolgt!“

Die freundliche Markenausgeberin.

In Breslau fand, wie die „B. Z.“ berichtet — neun Schuppleute in einen Prozeß wegen Hehlerei und unbefugter Benutzung von Brot- und Fleischmarken verwickelt worden, der mit der Freisprechung der Angeklagten endete. Anlaß zu dem Verfahren bot die Tatsache, daß sich die betr. Schuppleute von einer Markenausgeberin Marken hatten schenken lassen. Sie wiesen der Gericht darauf hin, daß auch viele andere Schuppleute in anderen Revieren in gleicher Weise mit Brotmarken bedacht worden seien. Es habe sich hier um Marken solcher Leute gehandelt, die von Breslau weggezogen seien und auf dem Lande Aufenthalt genommen hätten. Diese Marken wurden von der Markenausgeberin verschickt und zwar, wie diese angab, mit Genehmigung des Magistrats. Von der Verteidigung der Angeklagten wurde geltend gemacht, daß die Markenausgeberin schon immer die Schuppleute als Schwerverarbeiter angesehen hätte. Zwischenzeitlich habe auch der Magistrat anerkannt, daß die Schuppleute bis zum Polizeipräsidenten hinaus Schwerverarbeiter darstellten.

Die Freisprechung erfolgte auf Antrag des Staatsanwalts selbst, der den Schuppleuten den guten Glauben zuteilte, sich nicht strafbar gemacht zu haben.

Zahlreiche Zuschriften mit Hindweisen auf diesen Prozeß (u. a. auch mit dem Hinweis darauf, daß kürzlich eine Arbeiterfrau zu mehreren Monaten Gefängnis verurteilt wurde, weil sie zwei Brotkarten aus zweiter Hand schenkungswise angenommen) beweisen, daß jener Breslauer Schuppleute-Prozeß in weiten Kreisen Interesse erregt hat. Dazu mag wohl viel der Umstand beitragen, daß man erfährt: die Breslauer Schuppleute bis hinauf zum Polizeipräsidenten seien für Schwerverarbeiter erklärt. Aber auch der Umstand, daß die erwähnte Markenausgeberin bereits vor dieser Erklärung seitens des Magistrats „schon immer“ die Schuppleute für Schwerverarbeiter gehalten und ihnen die von anderer Seite zurückgekauften Marken „geschenkt“ hätte, muß Erwähnung finden. Die nicht das Glück haben für „Schwerverarbeiter“ angesehen zu werden — weder von der Behörde noch von einer freundlichen Markenausgeberin — so streng an ihre knappe Ration gebunden sind.

Hat man ein Recht auf Mittagsschlaf?

Diese Frage hat, wie wir der bekannten Halbmonatschrift „Gesetz und Recht“ entnehmen, das preussische Oberverwaltungsgericht vor einiger Zeit gründlich erwogen, aber schließlich verneint. Ein gequälter Bürgermann hatte sein Zimmer Wand an Wand bei einer Gastwirtschaft. Eben war er beim Mittagsschlaf eingenickt,

da hört er ein verdächtiges Geräusch, wie wenn ein Grobian in einen Automaten fällt. Sofort springt er auf und ruft: „Wer ist das?“ Er vergreift sich in sein Kissen. Er hört noch immer, daß es zu Hause schon sei. Jener kommt schließlich zur Polizei. Es wird dem Schandvater aufgegeben, „alle die Maßnahmen zu treffen, die die Verbreitung der Schallwirkung über den Orchesterraum hinaus, unbedingt verhindern“. Nun kam er einige Zeit mittags schlafen. Aber der Gastwirt beschwerte sich höher hinauf bis zum Oberverwaltungsgericht. Dieses entscheidet dahin, daß es zu einem polizeilichen Einschreiten nicht genüge, wenn bei Tage Annehmlichkeiten, wie Mittagsschlaf, Mittagsschlaf oder ungestörte Erholung nach der Arbeit durch Musik oder Geräusche aus Nachbarkammern beeinträchtigt werden. Grundsätzlich sei daran festzuhalten, daß zur Erholung des Körpers und Geistes die Nachtzeit da sei. Die Nachtruhe jedoch, deren Fortsetzung ohne weiteres ein Verbot der Polizei rechtfertige, beginne nach der Auffassung weiter Volkstümlichkeit erst um 10 Uhr abends.

Verurteilung eines Unterhaus-Mitgliedes wegen Hamsters.

Wie die „Times“ vom 5. 2. berichtet, wurde William John Mac Gann, Parlamentarier für West-Down, vom Bezirksgericht zu Godstone wegen Hamsters zu 400 Pfund Geldstrafe verurteilt. In seinem „Kobenhavn“ benannten Hause wurden ganz bedeutende Mengen Lebensmittel gefunden. Der Richter erklärte, man würde sich künftighin weder durch Rang noch Reichum beeinflussen lassen und alle Verträge gegen die Verordnungen der Regierung mit der ganzen Strenge des Gesetzes verfolgen. Ein schlimmerer Fall ließe sich kaum denken, als daß ein Volksvertreter die Nahrungsmittel der Nation in eigenmächtiger Weise hamstere.

Hoffnungslose Lage der englischen Landwirtschaft.

Die mit so großen Erwartungen begangenen Versuche der englischen Regierung, im Industrieland England über Nacht eine leistungsfähige Landwirtschaft zu organisieren, die England von der überflüssigen Zufuhr zum Teil unabhängig machen konnte, darf man als ausichtslos betrachten. Wie „Freemans Journal“ vom 12. Januar schreibt, hat der Landwirtschaftsminister Brotherton kürzlich den Landwirten mitgeteilt, daß es im kommenden Jahr so gut wie keine Futtermittel geben wird. Die Landwirte würden im wesentlichen auf Grün- und Mähfrucht angewiesen sein, das ihre eigene Wirtschaft erzeugt. Die Zeitung fügt in dieser Entwicklung die Folge der gänzlich verfehlten Nahrungsmittelpolitik. „Der Lebensmittelkontrollleur hat all seine Aufmerksamkeit auf die Preise gerichtet, ohne an die Erzeugung zu denken, und jetzt liegt die Preise für Nahrungsmittel fest, die nicht existieren. Ohne Futtermittel werden die Rinder nicht fett und die Kühe geben keine Milch. Ohne Vieh gibt es keinen Dünger und ohne Dünger keine Ernte. Mit der Eisenbahn ist Dünger nicht heranzufahren; selbst wenn Phosphate nicht von den U-Booten verbracht würden und der Krieg nicht den Stickstoff verbrauchte. Und in dieser Zeit verlangt der Nahrungsmittelkontrollleur noch, daß Viehwirtschaft, die zur Milchgewinnung dient, in Ackerland umgewandelt werde, so daß die besten Düngstoffe noch wesentlich eingeschränkt werden. Der Bauer muß sehen, wie sein Heu, sein Hafer beschlagnahmt, seine Futtermittel ausgehoben werden, aber dafür erhält er, daß die Preise für seine Erzeugnisse niedriger ausgelegt werden und daß allerhand Ausgeschütt die Verteilung der Erzeugnisse regeln, welche nicht da sind. Diese Politik tötet die Erzeugung, und der Mangel der wichtigsten Dinge für die Ernährung schafft den Profitmacher, läßt die Preise anwachsen und wird schließlich die Bevölkerung ohne Nahrung lassen.“

Papyrusfunde in Palästina.

Im südlichen Teile Palästinas wurden, wie das „Journal des Debats“ mitzuteilen weiß, neuerdings bedeutende archaische Funde gemacht. Die Ägyptologen, welche die Armee des englischen Generals Allenby begleiteten, haben Forschungen unternommen, über deren Ergebnis jetzt in einer Versammlung des Ägypten-Forschungs-Komitees in der Royal Society in London Bericht erstattet wurde. Es wurde mitgeteilt, daß man sehr alte, auf Papyrus geschriebene Manuskripte fand, die der Oxford-Bibliothek übergeben wurden. Hieran schlossen sich Ausführungen über die erst vor kurzem von Bernard Grenfell entdeckten Papyri von Oxyrhynchus und Tebichis. Diese bestehen aus mehreren Schichten, die aus alten Manuskripten hergestellt wurden. Es ist das selbe Kartennaterial, das die alten Ägypter zur Umhüllung der Mumien benutzten. Gewöhnlich wurden aber die Mumien in verbleibende Papyrusfragmente gehüllt, doch man fand eine Mummie, bei der die Umhüllung aus einem einzigen großen Papyrus bestand, der in viele kleine Stücke zerhackt war, die man aber leicht zusammenfügen konnte. Dieser stellte sich jedoch heraus, daß dieser Papyrus keinen unbekannten literarischen Schatz barg, sondern eine lange Reihe von Verträgen, die im Jahre 233 v. Chr. abgeschlossen wurden. Die Papyri von Oxyrhynchus enthalten unveröffentlichte Stücke aus den Werken alter Dichter, besonders aus den Gedichten von Pindar und den Reden des Aeschylos. Schließlich ist noch ein Teil aus einer Rede des Aeschylus zu erwähnen.

Die Technik im Weltkriege.

Der österreichisch-ungarische Kriegsminister General der Infanterie v. Stöger-Steiner hat einen Erlaß gegeben, der die Herausgabe eines Geschichtswerkes über die Technik im Weltkriege betrifft. Er besagt: „Die technischen Leistungen haben in diesem Weltkriege und auch für alle späteren kriegerischen Aktionen so hohe Bedeutung erlangt, daß es notwendig ist, die Wahrnehmungen und Erfahrungen auf den vielverzweigten Gebieten dieser Leistungen ehebaldigst zu sammeln, durchzusortieren und zu veröffentlichen. Hierfür erscheint es unerlässlich, sowohl die bei diesen Arbeiten beteiligten, als auch die sie beratenden, noch im Kriegsdienst stehenden Kräfte zu dieser Sammlung und Verwertungstätigkeit ungehindert heranzuziehen und das ganze Material festzulegen und für die Zukunft zu bewahren.“ Das Werk wird unter Leitung des Feldzeugmeisters Joseph Wöber von Geper vom Wissenschaftlichen Komitee für die Kriegswirtschaft bearbeitet.



Niederbruch der Wirtschaftsmoral.

„Niederbruch“ überschreibt Georg Rothhoff einen tiefen zu nehmenden Aufsatz über diesen schrecklichen sittlichen Mangel in der „Welt“. Es ist aber schon ein Niederbruch — eine so erschütternde Sprache reden die vom Verfasser offenlegten Erscheinungen:

Die drei letzten Jahre haben Vermögensveränderungen ohne Beispiel gebracht. Und allmählich geht auch weiterer Reichtum der Erkenntnis auf, in welche ungeheuren Schwierigkeiten wir uns damit gebracht haben. Ob diese ganz zu vermeiden waren, lasse ich dahingestellt, aber daß wir sie annähernd vermocht hätten, weil wir sie nicht rechtzeitig erkannten, weil wir den ganz neuen Charakter dieses Existenzkampfes unseres Volkes nicht erkannten und nicht energisch die wirtschaftlichen Folgen daraus zu ziehen wagten — darüber kann ein Zweifel nicht mehr bestehen. Unsere Kriegskosten, deren Abwicklung doch im wesentlichen unsere eigene Sache sein wird, sind um mindestens 20 Milliarden höher, als sie bei sozialer Wirtschaft sein müßten. Die Ausnutzung des Krieges als Konjunktur, die dem Zeitgeist ins Gesicht schlägt, hat die Kosten der Lebenshaltung auf eine Höhe getrieben, deren Gefahren wir erst nach dem Niederkommen der Millionen Heeresangehöriger und nach Wiederaufnahme der Friedensarbeit voll spüren werden. Schon jetzt ist das Reich genötigt, nicht nur in ungeheurer Masse Unterhaltungen zu zahlen, sondern ganz allgemein Zuschüsse zu den Warenpreisen (wie beim Fleische im letzten Frühjahr) und zu den Löhnen (wie im Baugewerbe) zu leisten und damit die Preisgestaltung zu fesseln. Alles das, was man sich nicht traute, auf neuen Bahnen zu wandeln, auch vom Wirtschaftsleben eine grundsätzliche Anpassung an die Zeitbedürfnisse zu fordern und, wenn nötig, zu erzwingen.

Nach schlimmer als die finanziellen Folgen der Kriegskonjunktur scheinen mir aber die sittlichen. Wir stehen vor einem Niedergang der allgemeinen Moral im Wirtschaftswesen, die in kraßem Gegensatz zu dem Heldentum an der Front, zu der Opfer- und Hilfsbereitschaft in der Heimat ist; die den Vaterlandsfreund mit allererster Sorge erfüllen muß, und die wir nicht weiter wachsen lassen dürfen, wenn nicht die heimkehrenden Feldgrauen uns voll Verachtung anspucken sollen.

Als ich vor drei Jahren zuerst öffentlich die Stimme erhob gegen den Wucher als Verfallsstille, da protestierten Handelskammern, Kaufmannsvereine und andere laut gegen diese Verurteilung des deutschen Kaufmannsstandes. Ein Jahr später (genau ein Jahr zu spät!) hielt dann Staatssekretär Dollfuß seine Reichstagsrede über die Notwendigkeit, die Lebensmittelmacher für den Rest ihres Lebens zu brandmarken und sie von allen Ehrenämtern auszuschließen. Es erging auch die Bundesratsverordnung gegen übermäßige Preissteigerung. Aber sie konnte nicht den nötigen Einfluß gewinnen, weil sie nicht da angewandt wurde, wo es am nötigsten ist: bei den großen Unternehmern, die nach üblichen, anständigen Preissteigerungen kalkulieren und dabei im ganzen Gewinne einheimen, die heute als wucherische Ausbeutung der Notlage des Reiches und seiner Bürger bezeichnet werden müssen, auch wenn sie nicht den Friedensgesetzen widersprechen. Es fehlt eben die neue Gesinnung, die den neuen Umständen entspricht. Die Mahnung des preussischen Handelsministers, daß der Krieg nicht als Kon-

junktur ausgenutzt werden dürfe, hat gar keinen Erfolg gehabt. Der Krieg wird allgemein als Konjunktur ausgenutzt. So allgemein, daß ein sehr achtbarer, anständiger Kaufmann die Bemerkung wagte: „Wer in diesem Kriege nicht reich wird, verdient nicht, ihn zu erleben.“ Wenn Produktionsbetriebe und andere Heereslieferanten, Zuckerfabriken, Brauereien, Nahrungsmittelunternehmen aller Art Gewinne von 20 v. H., 30 v. H., 50 v. H. und mehr erzielen, wenn sie ihr Kapital verdoppeln und verdreifachen, ihren Besitz abschreiben, ihren Aktien neuen Wert schenken, nur um nicht die Dividenden noch über solche Höhe hinausgehen zu lassen, so ist das Kriegswucher, auch wenn die Lieferungen noch so reell, notwendig und verdienstlich waren, auch wenn an einzelnen Geschäften nicht mehr verdient wurde als der nach der Bundesratsverordnung zulässige Satz.

Gehe wir das nicht ins allgemeine Bewußtsein gebracht, ist keine Besserung möglich. Gehe allein machen es nicht. Im Gegenteil hat die Überfülle von sich überhebenden, sich widersprechenden Vorschriften die unheilvolle Folge gehabt, daß der Respekt vor dem Gehege ins Wanken gekommen ist. Die Grundzüge der Wirtschaftsregelung erkenne ich trotz aller Fehler als notwendig und richtig an. Aber da man das ebenso notwendige Sozialmoralische veräußert hatte, stießen sie überall auf Widerstand, aktiven und passiven. Da es an gutem Willen zur Beachtung des Gebotenen fehlt, werden die Vorschriften immer länger, minutiöser, strenger — bis sie ins Sinnlose geleitet sind, weil niemand sie mehr einhalten kann. Gegenwärtig gibt es keinen Strafmaßstab in Deutschland, der nicht auf Grund von Verstößen gegen Kriegsverordnungen ins Gefängnis gebracht werden könnte! Was ist das für ein Zustand! Das muß noch auf Jahrzehnte hinaus in den Frieden nachwirken.

Aber das Hebel kriegt weiter. Der Geist der Gemeinnützigkeit, der das eigene Interesse nachlässig vor dem Gemeinwohl zur Geltung kommen läßt, bleibt durchaus nicht auf die Unternehmern in Landwirtschaft, Industrie, Handwerk und Handel beschränkt, sondern ergreift auch die anderen Kreise, die bisher nicht so „kapitalistisch“ zu denken pflegten. Die Angestellten und Arbeiter sehen, was mit ihrer Arbeit verdient wird. Sie sehen auch, wie die Kriegsgewinne gemacht, mit welchen Mitteln dem Reiche die Millionen aus der Tasche gezogen werden — und sie folgen teilweise dem Beispiele ihrer „Vorgesetzten“. Nicht nur mit Lohnforderungen, sondern, was auch hier das schlimmste ist, auch mit Behauptung von fremden Wegen.

Der Hauptweg ist die Verfechtung; mag sie im Einzelnen als harmloses Trinkgeld, oder als im Frieden strafbares Schmiergeld, als Einzelvergütung oder als dauernde Provision und Gewinnbeteiligung auftreten. In weiten Teilen des Wirtschaftslebens ist auch diese Verfechtung von Angestellten längst zur anerkannten Verfallsstille geworden, ohne deren Befolgung weder ein Auftrag noch eine Lieferung zu erlangen ist.

Ein zweiter Weg ist die Unterschlagung und der Diebstahl. Ich möchte nicht so weitgehen, zu behaupten, daß beide auch schon als Verfallsstille anerkannt sind. Aber daß der Respekt vor dem Eigentum anderer ganz bedenklich ins Wanken gekommen ist, steht außer Zweifel. Es braucht nur ein Wagen für kurze Zeit unbewacht auf der Straße oder dem Eisenbahngeleise zu stehen, so ist er sicher halb ausgeraubt. Namentlich Sendungen von

Nahrungsmitteln, Brennstoffen und ähnlichen knappen Lebensbedürfnisse gelten als vogelfrei.

Das schlimmste ist, daß beide „Anfichten“ auf das Beamtentum übergriffen haben. Wer verwundert sich noch, wenn Postsendungen „verloren gehen“ und Bahnsendungen nur mit halbem Inhalt ans Ziel kommen? Der Krieg hat ja dazu genötigt, die frühere strenge Scheidung zwischen Regierenden und Regierten aufzugeben. Zahllose Privatpersonen sind noch einfacher „Verpflichtung“ mit Aufgaben öffentlicher Verwaltung betraut worden; die Beamten strecken viel mehr in Wirtschaftsdingen als früher. Die Verquickung hat einen Niedergang auch der Beamtensmoral erzeugt. Wieder möchte ich ausdrücklich betonen, daß ich nicht verallgemeinern und vor allem nicht etwa der Masse der beamteten Beamten einen Makel anhaften will. Das Ansehenspersonal hat der Verquickung der Kriegskonjunktur nicht standgehalten. Und es hat keinen Zweck, die Augen vor den Tatsachen zu verschließen. Solche Tatsache aber ist, daß der Unternehmer, der einen Auftrag von einer Behörde will, der Rohstoffe freigibt, Brennstoffe liefert, braucht, dessen Eigenhaftigkeit eifrig ist, der eine Rechnung doch anerkannt und bezahlt sehen möchte, gut tut, einige blaue Lappen einzuflecken, mit denen er den Eifer der zuständigen Organe anspricht.

Das beschränkt sich — leider — nicht nur auf untergeordnete Stellen, sondern geht teilweise sehr weit nach oben, in Kreise, auf deren Unantastbarkeit wir in Deutschland bisher mit Recht stolz waren. Auch hier haben sich neue Gewohnheiten gebildet, die mit sogenannten ruffähigen Zuständen verträgliche Ähnlichkeit haben. Ja, das Hebel könnte unten gar nicht so wuchern, wenn nicht oben gesündigt würde und das Gefühl für die guten alten Traditionen des Beamtentums schwände. Die Hauptformen der neuen Verfallsstille sind hier — neben Verquickung mit Lebensmitteln usw. — die Aussicht auf eine gutgezahlte Stelle im gewerblichen Leben und die stille Beteiligung am Geschäftsgewinne.

Wer diese Umwandlungen für übertrieben hält, frage einmal bei aufrichtigen Männern des Wirtschaftslebens in Berlin oder Hamburg, im Rheinland oder in Sachsen nach. Da, wo am meisten verdient wird, da wird auch am meisten gesündigt. Die Zustände sind ernst. Die bequeme Aussicht, daß mit der Wiederkehr geordneter Friedenszustände, mit dem Wiedereintritte der benachteiligten Beamten in ihre Stellen alles schon von selbst sich wieder machen würde, kann nicht gelten. Wenn wir das Hebel weiter wuchern lassen, so gehen wir schlimmen Zeiten entgegen und riskieren, daß die Jahre nach dem schwersten Siege angefüllt sind mit widerlichem Wucher und Wirtschaftsfreud, daß die heimkehrenden Sieger eine furchtbare Enttäuschung erleben, daß unsere Kinder auf die Zeit nach 1918 zurückblicken wie wir auf die nach 1871 als eine Zeit des tiefsten Unfalls und Unmoral.

Wie ist eine Besserung möglich? Nicht durch neue Strafgesetze, die haben keine Wirkung mehr. Wir scheitern das einzige Mittel das moralische zu sein — auch wenn durch die großen Verfallsstille dreier Jahre seine Wirkung äußerst herabgemindert ist. Aber der Umschwung muß von oben her ausgehen.

Wenn die führenden Männer des deutschen Wirtschaftslebens, die Präsidenten der amtlichen Vertretungen von Gewerbe, Handel und Landwirtschaft, die Vorstehenden der großen Fachverbände und Kartelle, die Leiter der

ersten Banken und Industriewerke das Beispiel geben, dann kann eine Besserung erreicht werden. Aber auch nur dann! Wenn diese Männer gemeinsam sich aller Bereicherung durch den Krieg enthalten, auf künstlichen Kriegsgewinnen verzichten, die von ihnen geleiteten Unternehmen so einstellen, daß die Kriegskonjunktur nicht mehr als eine angemessene Friedensdividende bringt; wenn sie ferner erklären, daß sie jede weitergehende Ausbeutung des Reiches und der Mitbürger in der Kriegszeit für unmoralisch halten und mit Wuchern (auch unbefragten) keinen Verkehr mehr pflegen wollen — wenn das geschieht, dann ist auch im vierten Jahre noch ein Umschwung der Wirtschaftsmoral zu dem möglich, was im ersten Kriegsjahre nötig und nicht allzu schwer gewesen wäre.

Sicher eine starke Zumutung! Aber was bedeutet sie gegenüber der selbstverständlichen Pflicht aller, Leben und Gesundheit für das Vaterland hinzusetzen? Ist das Vermögen und sein nicht einwandfrei erworbenem Zuwachs wirklich immer noch soviel heiliger als der Mensch selbst? Sind alle großen Worte von Vaterlandsliebe und Opferfreudigkeit eben nur Worte, wenn es an den Geldbeutel geht? Oder wollen die führenden Männer nicht sehen, in welche Schwierigkeiten und Gefahren wir steuern? Aus ihnen gibt es nur zwei Auswege: von oben her, jeht über von unten her, wenn die Millionen aus der Front zurückkehren und — hoffentlich — sich die empörenden Wirtschaftszustände der Heimat einfach nicht gefallen lassen.

Kuifiges Allerlei.

Schüttelwein. Einen Mann mit reichlichen Finanzen — Suchte sie seit Jahren schon — nie fand sie in. (Fliegende Blätter.)

Romfort. „Zu Ihrem Namenstag, gnä Frau, hab ich mir erlaubt, einige Flaschen Sekt mitzubringen. Sie müssen allerdings auf eine Stunde in den Kaskabel — hoffentlich haben Sie Gie im Haus...“ — „Nicht nötig — Heilens nur die Flaschen a paar Minut'n auf die Zentralheizung!“ (Jugend.)

Frühstück. Im Unterstand. Zwei Landser. „Noch Kaffee?“ — „Ja, ja gar kein Kaffee; der ist Tee.“ — „Ja, sage Dir, der ist Kaffee!“ — „Da lache ich bloß; der ist doch Tee.“ — Die Racheordnung (zur Türe herein schauend): „Hat hier noch jemand keinen Kaffee?“ (Jugend.)

Gleiches Recht... Der Zug der Untergrundbahn ist zum Brechen voll. Da drängen noch zwei Personen herein. Die Frau Bullrich, eine starkbauge Dame. Und ein Mann, der einen Globus im Arm trägt. „Aber mein Herr,“ freizigt Frau Bullrich, die sich beengt fühlt, „das geht doch nicht, Sie können doch unmöglich mit Ihrem Globus hier rein!“ — „Bitte schön,“ antwortet der Mann, „was dem einen recht ist, ist dem andern billig!“ (Kuifige Blätter.)

Verantwortlich für den Text- und Inzeratenteil: Fr. Kuhle, Herford.

Kartoffeln.

Die Kartoffelmarken Nr. 1—4 müssen bis zum 20. d. Mts. eingelöst werden.

Die Kartoffelmarken Nr. 5, 6 und 7 müssen wie folgt eingelöst werden:

Kartoffelmarken Nr. 5 bis zum 15. März d. J., Nr. 6 bis zum 1. April d. J., Nr. 7 bis zum 18. April d. J.

Kartoffelmarken, die bis zu dem festgesetzten Tage nicht eingelöst sind, verfallen.

Die bisher ausgestellten Verlängerungsscheine sind ungültig.

Herford, den 9. Februar 1918.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

An die Zuhörer! 15 Pfund Wienerzucker für jedes erwachsene Mitglied soll im Jahre 1918 der Zuhörer erhalten, welcher sich verpflichtet, einen Teil seiner Zuhörerschaft zu gemeinsamen Zwecken abzugeben, namentlich für den Kaffee- und Krankenhausbedarf. Jeder Zuhörer, der Wienerzucker unter dieser Bedingung zu kaufen wünscht, trage sich sofort in die Liste ein, welche vom 15. d. Mts. bis 12. März 1918 im Rathaus, Zimmer 103, öffentlich liegt. Die Eintragungen werden später zum Zwecke der Aufstellung der zollamtlichen Berechnungsscheine nachgeprüft werden. Durch seine Namensunterschrift in der Liste übernimmt der Zuhörer die Verpflichtung, eine dem dritten Teile der erhaltenen Zuhörerschaftsmenge entsprechende Zuhörerschaft seiner Zeit zur Verfügung der staatlichen Zuhörermittlungsstelle zu halten, welche den Abzug dieses Zuhörers veranlaßt und den gesetzlichen Preis für ihn zahlt. Unter besonderen Umständen kann die Stelle Erleichterungen gewähren und Ausnahmen von der Ablieferung des Zuhörers zu lassen.

Die Verteilung des Wienerzuckers erfolgt durch den Wienerzuckerwirtschaftlichen Provinzialverband und durch die Zuhörervereine. Diese Stellen sind berechtigt, für ihre Ankosten und Mithaltung Gebühren von insgesamt 10 Pf. für jeden zugewiesenen Doppelzähler Zuhörer zu erheben.

Herford, den 14. Februar 1918.

Der Magistrat.

Stark vermehrter Anbau von Kartoffeln

Ist für das Jahr 1918 dringend zu empfehlen! Durch Beschränkung der Weideflächen und des Gaseranbaues lassen sich die erforderlichen Flächen freimachen.

Gorge Jeder rechtzeitig für das nötige Saatgut! Wechsel im Saatgut steigert die Erträge. Abgegebenes Saatgut kann keine gute Ernte bringen. Von auswärtigen werden vornehmlich nur kleinere Mengen Saatgut für Frühkartoffeln in den Kreis eingeführt werden.

Herford, den 12. Februar 1918.

Der Landrat.

Zucker.

In nachstehenden Geschäften können noch bis zum 17. d. Mts. die grauen Zuckermarken eingelöst werden. Giesbo. Jensemer, Wübbelstraße; Helm. Kolling, Remmstraße; Ghr. Wiedemann, Steinstraße; Herm. Gieseler, Bergerstraße; Robert Hufmann, Södenstr. Die Geschäfte haben die Zuckermarken aufgelegt, bis zum 19. d. Mts. im Rathaus, Zimmer 103, abgeliefert. Herford, den 12. Februar 1918. Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Im Kaiser Wilhelm-Bad ist das Hallen-Brausebad bis auf weiteres nur noch Donnerstag und Freitag Nachmittag geöffnet. Herford, den 11. Februar 1918. Der Magistrat.

VII. Armee-Korps.

Stellb. General-Kommando. Münster, den 5. Febr. 1918. Nr. 15 Nr. 2522.

Bekanntmachung.

Auf Grund des § 9 h des Gesetzes über den Verfallungsstand vom 4. Juni 1851 verbiete ich für die Dauer des Krieges den Vertrieb aller Bücher über Geheimnisse usw., insbesondere auch des Buches „Geheimnisverbreitung und Kryptographie“ von R. Peters, Druck und Verlag von Jul. Bagel in Mülheim an der Ruhr.

Zu widerstandlungen werden mit Gefängnis bis zu einem Jahre, beim Vorliegen mildernder Umstände mit Haft oder mit Geldstrafe bis zu 1500 Mark bestraft, falls nach der allgemeinen Strafbestimmung keine höhere Strafe verurteilt ist.

Der kommandierende General:

Frhr. v. Gahl, General der Infanterie.

Bekanntmachung.

Die schwierigen Verhältnissen in den Großstädten und in den Industriegebieten haben bereits im Vorjahr dazu geführt, daß Kinder der Industriebevölkerung im ganzen deutschen Vaterlande für Monate auf dem Lande untergebracht sind, um ihnen dort eine ausreichende und kräftige Ernährung zu gewähren. Auch in der Stadt Herford sind im vorigen Jahre eine Reihe von Kindern aus dem Industriebezirk aufgenommen worden.

An unsere ländliche Bevölkerung richten wir wiederum die freundliche Bitte, auch in diesem Jahre Kinder der Industriebevölkerung gastschaftlich aufzunehmen. Die Aufnahme soll vom Monat April an auf 3—4 Monate erfolgen. Wünsche der Gastgeber, ob sie Anaben oder Mädchen haben wollen, werden bereitwillig berücksichtigt. Nähere Auskunft erteilen die Herren Geistlichen, Pastoren und Feldmarksvorsteher. Diejenigen Familien, welche Kinder aufnehmen wünschen, werden gebeten, sich in eine Liste, welche bei den Herrn Geistlichen, Pastoren und Feldmarksvorsteher ausliegt, umgehend eintragen zu lassen.

Herford, den 9. Februar 1918.

Der Oberbürgermeister.

Bekanntmachung.

In den letzten Monaten sind in 25 Fällen Fälschungen von Bezugsscheinen von Web-, Wirt-, Strick- und Schuhwaren von uns zur Anzeige gebracht und die Täter gerichtlich bestraft worden. Die von den Geschäften allmonatlich an uns abgegebenen belieferten Bezugsscheine werden von uns nachgeprüft und die hierbei ermittelten Fälschungen zur Anzeige gebracht. Wir warnen daher dringend, irgend welche Veränderungen an Bezugsscheinen vorzunehmen.

Der Magistrat.

Kriegsfamilien-Unterstützungen

werden Sonnabend, den 16. Februar 1918, von vormittags 8 bis nachmittags 1 Uhr ausgezahlt:

Zahlungstafel Nr. 1 bis 300 am Schalter 1
Nr. 301 bis 1800 am Schalter 2
Nr. 1801 bis 2700 am Schalter 3
Nr. 2701 bis 3600 am Schalter 4
Nr. 3601 bis 4500 am Schalter 5

Die Auszahlung erfolgt nur an obigem Tage u. an den Empfangsberechtigten selbst. Wird die Unterstützung monatlich abgehoben, dann hat solches stets am 16. jeden Monats zu erfolgen.

Die Erledigung anderer Kassengeschäfte, dringende Fälle ausgenommen, kann an diesem Tage nicht erfolgen.

Herford, den 13. Februar 1918.
Kassiererkasse.

Damen-Hüte.
auch nicht bei mir gekaufte, zum Umformen ist erbeten. — Eigene Presserei. Nur neueste Formen. Sachgemäße und preiswerte Neuherstellung innerhalb weniger Tage.
Carl Hartmann, Bielefeld, Oberstr. 16.

Konfirmandenhüte

Alte Ware! Billige Preise!
empfehlen
H. Pracht & Co.
Bückerstrasse 7.

Erhöhung des Einkommens

nach Versicherung von Lebens bei der Preussischen Renten-Versicherungs-Anstalt.

Sofort beginnende gleichbleibende Rente für Männer:

b. Eintrittsalter (Jahre): 50 55 60 65 70 75

Jährlich % der Einlage: 7,22 8,24 9,12 10,14 11,12 12,12

bei längerem Aufschub der Rentenzahlung wesentlich höhere Sätze. — Für Frauen gelten besondere Tarife.

Vermögenswerte Ende 1916: 124 Millionen Mark.

Tarife und nähere Auskunft durch Dietrich Enschner, Kreis-Sparkassen-Buchhalter in Herford, Elisabethstr. 4.

Pothoff & Castaneda in Bielefeld, Bergstrasse 25.

ANZEIGEN

für die Sonnabend-Ausgabe

heute nachmittag 5 Uhr aufzugeben.

Herforder Zeitung für Stadt u. Land.

Silberdienststelle

Arbeitsamt

Waisenhausstr. 1.

Gesucht werden:

Nach Cassel-Bettenhausen

sofort Müller, Mühlen-

arbeiter, Betriebs-

schlosser, Schreiner,

2 Pufffrauen, 2 Wasch-

frauen.

Weitere jugendliche

Arbeiter und Arbeiterinnen

im Alter von 14—16 Jahren

Ein Mädchen

wird für sofort oder zum 1.

April gesucht.

Frau Randorff in Aulha,

Willemsplatz 8.

3 g. Mädchen

im Kochen und allen Hand-

arbeiten erfahren, für 1. Haus-

halt, mit Familie anständig zum

1. April gesucht. Näheres unter

Nr. 4039 in der

Städtischen dieler Zeitung.

Ziegen

zum Schlachten n. miltgebende

fauf zu allerhöchsten Breiten

Justus Köwenstein.

5 Zimmer-Wohnung

mit 2 Balkons, 2 Kellerräumen

n. 1 Bodenstammer, Gasanlage,

elektr. Licht auf Wunsch, 11 per

1. April oder 1. Juli zu ver-

mieten. Zu erfragen

Waltgerstr. 37 t.

Suche einen

Tischlerlehrling

Karl Quest,

Jahrg. 7.